

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement
des Inneren EDI
Bundespräsident Alain Berset
Inselgasse 1
3003 Bern

ehealth@bag.admin.ch
uv@bag.admin.ch

Liestal, 28. November 2023
VGD/tj/AfG

Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zur vorgesehenen Änderung des Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG) Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat hat keine Einwände gegen die geplante Anpassung des Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG; SR 832.20). Er ist einverstanden, dass Taggelder auch bei Rückfällen oder Spätfolgen in Zusammenhang mit einem Unfall bezahlt werden, den Arbeitnehmende in ihrer Jugend erlitten haben, das heisst, als sie noch nicht über das UVG versichert waren.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Hochachtungsvoll

Monica Gschwind
Regierungspräsidentin

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin